

Rüstungsexporte „Kaltes Kalkül“



Der Journalist und Nahostexperte **Markus Bickel**, 45, über Profite, vermeintliche Stabilitätsanker und fehlende Waffenkontrollen

SPIEGEL: Der Rüstungskonzern Rheinmetall treibt aktuell den Bau einer Panzerfabrik in der Türkei voran – das Land sei ja Nato-Mitglied hieß es. Ist das angesichts der Lage dort naiv oder skrupellos?

Bickel: Das ist kaltes Kalkül. Das Abwandern ins Ausland ist Teil der Strategie der deutschen Rüstungsindustrie. Dort werden dann etwa Tochterfirmen oder Joint Ventures gegründet, die deutsche Waffen in Lizenz produzieren.

SPIEGEL: Unterläuft das nicht die Ausfuhrkontrolle?

Bickel: In gewisser Weise schon – und deshalb redet die Branche auch lieber über die vermeintlich guten Produkte, die sie produziert, wie etwa Radfahrzeuge für Uno-Missionen oder Minenräumgeräte. Bei der Rüstungssparte von Rheinmetall allerdings entfielen vom 147-Millionen-Euro-Gewinn 108 Millionen auf Waffen und Munition.

SPIEGEL: Im Jahr 2015, beschreiben Sie in Ihrem neuen Buch, verkauften deutsche Firmen Rüstungsgüter für 4,8 Milliarden Euro*. Exporte im Wert von rund einer Milliarde gingen an Staaten in Nordafrika oder Nahost, die in Kriege wie den im Jemen verwickelt sind. Wie ist das möglich?

Bickel: Diktaturen wie Saudi-Arabien werden von deut-

* Markus Bickel: „Die Profiteure des Terrors. Wie Deutschland an Kriegen verdient und arabische Diktaturen stärkt“. Westend; 224 Seiten; 18 Euro.



Manöver mit „Leopard 2“-Panzern

ROLAND GEISHEIMER / ATTENZIONE / AGENTUR FOCUS

schen Politikern gern als Stabilitätsanker gepriesen. Dabei wirft inzwischen sogar der BND der dortigen Regierung eine aggressive Interventionspolitik vor.

SPIEGEL: Würde es helfen, wenn die EU restriktivere Waffenexportbestimmungen beschließt?

Bickel: Das müsste politisch erkämpft werden, erscheint derzeit aber illusorisch. Die

Rüstungslobby ist gut vernetzt. Zudem gibt es ja einen „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU, der Exporte in Krisengebiete beschränken soll. Dazu kommt: Das Totschlagargument „Wenn wir es nicht tun, machen es andere“ ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Bitterarme Länder wie der Sudan verfügen inzwischen über eine erstaunliche Rüstungsindustrie. nkl

Steuerbetrug Meldepflicht für Schließfächer

Finanzämter gehen gegen private Anbieter von Schließfächern vor. Diese verlangen oft bis zu zehn Mal höhere Preise als Banken. Dafür versprochen sie ihren Kunden, dass bei ihnen „keine Meldung an das

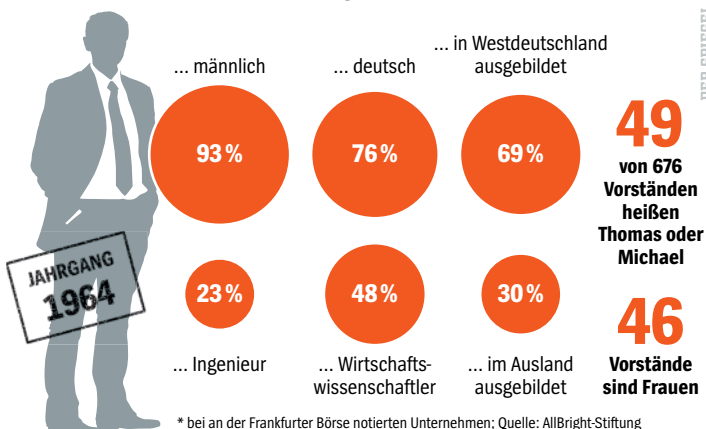
Finanzamt oder andere staatliche Behörden gemacht wird“, so etwa die Goldkontor Hamburg GmbH. Die Hamburger Hameko GmbH warb noch am vergangenen Donnerstag damit, dass – anders als bei einer Bank – für ihre Schließfächer „keine Meldepflicht“ bestehe. Die Hamburger Finanzbehörde hat betroffene Unterneh-

men jetzt „auf die gesetzliche Anzeigepflicht“ gemäß dem Erbschaftsteuergesetz hingewiesen. Zuwiderhandlungen würden als „Steuerordnungswidrigkeit mit Geldbuße geahndet“. Zudem wurden die Firmen gemahnt, falsche Werbeversprechen in ihrer „Kundeninformation“ zu korrigieren. Das Finanzamt weist auch

darauf hin, dass beim Tod des Kunden der Versicherungswert seines Schließfachinhalts mitzuteilen sei. Die Hamburger Finanzbehörde hat andere Finanzämter auf das Problem hingewiesen. „Wir haben das auf dem Schirm und gehen dem nach“, so ein Sprecher des niedersächsischen Finanzministeriums. red

Vorstände Das Thomas-Phänomen

Das durchschnittliche Vorstandsmitglied* 2017 ist ...



Linde Ministerin Aigner kritisiert Fusion

Die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) unterstützt die Belegschaft des Industriegasekonzerns Linde beim Protest gegen den Zusammenschluss mit dem US-Konkurrenten Praxair. „Der Europäische Betriebsrat von Linde hat sich jetzt klar gegen eine Fusion von Linde und Praxair gestellt“, sagt Aigner. „Die Haltung der Arbeitnehmer muss ernst genommen werden.“ Linde und Praxair wollen sich zum weltgrößten Hersteller von Indus-

triegasen zusammenschließen. Bis zur Hauptversammlung im Mai sollen die Verträge für den 60 Milliarden Euro schweren Deal ausgearbeitet sein. Diese Woche hatten sich sowohl der Europäische Betriebsrat als auch das Bundeswirtschaftsministerium kritisch über die geplante Fusion geäußert. Aigner sagte, nach ihren Informationen sei den Linde-Arbeitnehmervertretern der Fortbestand des eigenen Unternehmens sogar wichtiger als die Arbeitsplatzgarantie, die mit Praxair für den Fusionsfall ausgehandelt wurde. „Das ist schon bemerkenswert“, so Aigner. ran